

Auszug aus Niederschrift ASSG vom 15.11.2012

6. Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zur Aufstellung des Bundesverkehrsweegeplans 2015 - Vorhaben A4 Köln/Merheim - Moitzfeld *0490/2012*

Herr Tschorny bringt das Erstaunen seiner Fraktion darüber zum Ausdruck, dass die Vorlage nicht im AUKV besprochen und im Rat entschieden werde. U. a. falle nach dem Kenntnisstand seiner Fraktion ein Naturschutzgebiet einem sechsstreifigen Ausbau der A4 zum Opfer.

Frau Schundau möchte sich Herrn Tschornys Vortrag anschließen. Weiter weist sie darauf hin, es müsse nicht jedes Gewerbe über eine Autobahnanbindung verfügen, es gebe bereits vier Anschlussstellen. Im ISEK 2030 werde eine intelligente Mobilität angestrebt, die hier nicht erkennbar sei. Ihre Fraktion werde deshalb dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Herr Schmidt sieht darüber hinaus in der Verbreiterung der A4 keinen Nutzen, solange der mangelnde Verkehrsfluss im Bereich des Staubeginns am Autobahnkreuz Köln-Ost nicht in Ordnung gebracht werde. Er fragt auch nach dem Stand der Umweltverträglichkeitsstudie für den zweiten Ausbauteil des Bahndamms.

Frau Dr. Werheit informiert, von Straßen NRW sei die Fertigstellung der Umweltverträglichkeitsstudie bis Ende dieses Jahres zugesagt worden. Sie rechne damit, dass die Studie der Stadtverwaltung Anfang kommenden Jahres vorliege.

Herr Waldschmidt verweist auf die angespannte Verkehrssituation in Bergisch Gladbach, die bekanntermaßen mehr Staus als Vorwärtsbewegungen zur Folge habe. Es sei sowohl der Ausbau der Autobahn als auch die Anbindung des Stadtgebietes an die Autobahn dringend erforderlich, um ein paralleles Ausweichen auf das Stadtgebiet zu vermeiden. Die SPD-Fraktion werde deshalb die vorliegende Stellungnahme unterstützen.

Herr Dr. Bernhauser spricht für die CDU-Fraktion deren Zustimmung zur vorgeschlagenen Beschlussfassung aus. Es gehe um eine deutliche Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und einen Zugewinn an Lebensqualität für die Anwohner der besonders belasteten Straßen.

Herr Dr. Karich führt aus, nach Meinung seiner Fraktion sei der Ausbau der Autobahn auf sechs Spuren die effizienteste Maßnahme, in der Relation von zusätzlichem Flächenbedarf zu zusätzlicher Verkehrsleistung sei der Ausbau sogar hocheffizient. Zudem gehe es hier lediglich um eine Aufnahme in eine Prioritätenliste. Der vorgelegten Stellungnahme müsse deshalb unbedingt zugestimmt werden.

Herr Tschorny weist auf Untersuchungen hin, die die Zunahme des Verkehrs bei einem Autobahnausbau von vier auf sechs Spuren feststelle. Seine Fraktion halte die Ausweitung des ÖPNV für nachhaltiger und beantrage deshalb, das Thema auch im AUKV zu besprechen. Frau Dr. Werheit verdeutlicht mit der Begründung, es gehe in der Vorlage lediglich um die strategische Fragestellung der Einordnung in eine Prioritätenliste, dass der Tagesordnungspunkt ausschließlich im Stadtentwicklungsausschuss zu beraten sei.

Zum Thema Verlagerung von Verkehren erläutert Frau Dr. Werheit, durch die vorgesehene Maßnahme solle zumindest erreicht werden, dass die von der Autobahn kommenden Ausweichverkehre das ohnehin schon stark belastete Stadtgebiet nicht noch zusätzlich belasteten.

Für die innerstädtischen Gewerbegebiete gelte es, die bei mehr als der Hälfte der Betriebe unzureichende Verkehrsanbindung zu verbessern unter Einbeziehung der vorhandenen Verkehrssysteme einschließlich der Einbindung der ÖPNV-Strukturen nach Köln, so dass möglichst Verkehre aus dem Individualverkehr verlagert werden könnten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fasst dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB und bei zwei Enthaltungen in der CDU-Fraktion - folgenden **Beschluss**:

Der Stellungnahme der Verwaltung zur „Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 Teil Straße – Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben“ wird zugestimmt.